

Parteiencheck: Behinderten- Politik

zur steirischen
Landtags-Wahl
2024



Zu dieser Broschüre

Die bevorstehende Landtags-Wahl in der Steiermark ist eine wichtige Gelegenheit, mitzubestimmen und deine Stimme zu erheben.

Für Menschen mit Behinderungen ist es besonders wichtig, an politischen Entscheidungen teilzuhaben. Ihre Anliegen müssen gehört und ernst genommen werden.

In dieser Broschüre findest du Fragen, die wir gemeinsam mit unseren Selbstvertreter*innen erarbeitet haben. Sie spiegeln die Themen wider, die ihnen wichtig sind.

Zuerst kommen die Antworten der Parteien in leichter Sprache und dann noch einmal in schwieriger Sprache, so wie sie uns geschickt wurden.

Jede Stimme zählt – auch deine!

Hinweise

Hinweis genderinklusive Sprache:

Wir verwenden genderinklusive Sprache. Wir stehen für Inklusion. Deshalb wollen wir uns auch so ausdrücken, dass alle Menschen inkludiert sind. Wir verwenden das Gender-Sternchen (*).

Die Antworten der Parteien haben wir aber nicht verändert. So siehst du, welche Parteien genderinklusive Sprache verwenden.

Kürzung von Antworten

Manche Antworten waren sehr lang. Dafür hatten wir leider nicht genug Platz in unserer Broschüre.

Deshalb haben wir die Fragen teilweise gekürzt. Wo etwas fehlt, erkennst du an diesem Symbol: **[...]**

Die vollständigen Antworten findest du auf unserer Website:

<https://lebenshilfe-stmk.at/>

ÖVP Wir wollen, dass die UN-Behindertenrechts-Konvention umgesetzt wird. Das soll durch Inklusion in allen Bereichen des Lebens passieren. Inklusion ohne Barrierefreiheit ist nicht möglich. Wir arbeiten daran, dass alle Bereiche barrierefrei werden. Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen in der Steiermark die gleichen Möglichkeiten haben.

SPÖ Die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention passiert in mehreren Schritten. Zuerst werden Menschen über das Thema Behinderung aufgeklärt. Es werden Strukturen gemacht, die Menschen mit Behinderung helfen, bei Entscheidungen mitzureden. Als nächster Schritt wurde ein gemeinsamer Prozess gestartet. Dafür hat Landesrätin Doris Kampus die „Partnerschaft Inklusion“ ins Leben gerufen.

FPÖ Die Regierung muss die UN-Behindertenrechts-Konvention umsetzen. Die Regierung arbeitet dafür mit der Verwaltung zusammen. Die zuständigen Menschen sollen eng mit Interessen-Vertretungen zusammenarbeiten. Ein großer Dank geht an diese Gruppen für ihre ständige Arbeit.

GRÜNE Wir wollen für die Steiermark einen neuen Plan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention. Der alte Plan kam nur vom Sozialbereich. Aber Inklusion betrifft alle Bereiche. Der neue Plan soll deshalb von allen wichtigen Bereichen zusammen gemacht werden. Menschen mit Behinderung sollen bei neuen Gesetzen mitreden können.

KPÖ Es ist noch lange nicht alles umgesetzt. Es ist wichtig, dass der steirische Aktionsplan in allen Bereichen umgesetzt wird. Wir wollen, dass alle Menschen mehr selbst entscheiden können. Dafür müssen auch Menschen mit Behinderung eine Arbeit haben können und eine günstige, barrierefreie Wohnung finden. Es gibt viele Ideen. Diese Ideen müssen umgesetzt werden.

NEOS Österreich hat vor 16 Jahren die UN-Behindertenrechts-Konvention unterschrieben. Damit hat sich Österreich zu bestimmten Aufgaben verpflichtet. Davon wurde aber nur wenig gemacht. Das liegt daran, dass es viele verschiedenen Stellen gibt, die zuständig sind. Wir haben oft gesagt, dass das nicht gut ist. Wir werden weiter verlangen, dass die Konvention umgesetzt wird.

ÖVP

Wir setzen uns konsequent für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein, insbesondere durch die Förderung von Inklusion in allen Lebensbereichen. Wir sind überzeugt, dass Inklusion ohne Barrierefreiheit nicht möglich sein kann und setzen uns darum weiter dafür ein, diese in allen Lebensbereichen zu erreichen. Außerdem werden wir auch weiter sicherstellen, dass alle Steirerinnen und Steirer die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben.

SPÖ

[...] Die Umsetzung der UN-BRK erfolgt in der Steiermark in verschiedenen Phasen, wobei die ersten Phasen stark geprägt von Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und der Schaffung von nachhaltigen Strukturen [...] waren. Diese Strukturen ermöglichen, dass Menschen mit Behinderungen [...] bei der Weiterentwicklung im steirischen Behindertenwesen mitwirken können. In einer weiteren Phase des Aktionsplans wurde ein partizipativer Prozess aufgesetzt. So wurde von Landesrätin Doris Kampus die „Partnerschaft Inklusion“ ins Leben gerufen. [...]

FPÖ

Die Regierung trägt die Verantwortung dafür, dass die UN-Behindertenrechtskonvention in Zusammenarbeit mit der Verwaltung umgesetzt wird. Dazu sind die Verantwortungsträger besonders auf eine enge Zusammenarbeit mit Interessensvertretungen angewiesen, denen hiermit ein besonderer Dank für ihr stetiges Engagement ausgesprochen wird.

GRÜNE

[...] Für das Land Steiermark fordern wir einen neuen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK. Die im bisherigen Aktionsplan vorgesehenen Vorhaben wurden ausschließlich vom Sozialressort des Landes entwickelt, finanziert und umgesetzt. Da sich Thema Inklusion jedoch nicht auf den Sozialbereich beschränkt, soll der neue Aktionsplan ressortübergreifend entwickelt werden [...]. Ein weiterer wichtiger Punkt [...] ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Gesetzgebungsprozessen.

KPÖ

Wir sind von einer vollständigen Umsetzung weit entfernt. Es ist notwendig, den steirischen Aktionsplan in allen Abteilungen des Landes umzusetzen. Unser Ziel: Mehr Selbstbestimmung für alle. Das schafft man nur dann, wenn für Menschen mit Behinderung genauso die Möglichkeit besteht, einer geregelten Arbeit nachzugehen und eine leistbare, barrierefreie Wohnung vorzufinden. Hier muss man ansetzen und die Konzepte in Taten umsetzen.

NEOS

Die Teilnahme an der UN-BRK kommt mit Verpflichtungen, die der Österreichische Staat durch die Ratifizierung vor nunmehr 16 Jahren eingegangen ist. Bis dato konnten aufgrund der vielen Verwaltungsebenen (Bund, Länder, Gemeinden, Kassen) wenige Fortschritte erzielt werden, was wir oft kritisiert haben. Wir werden weiterhin auf die nötige Umsetzung pochen.

02 LL

Was steht in Ihrem Wahl-Programm zum Thema Inklusion?

Wahl- Programm

ÖVP Für Inklusion brauchen wir Barrierefreiheit. Sonst können viele Menschen nicht mitmachen. Das wollen wir ändern. Darum setzen wir uns für Barrierefreiheit in allen Bereichen ein. Wir wollen, dass alle Menschen in der Steiermark ihr Leben selbst bestimmen können. Sie sollen auch bei politischen Entscheidungen mitreden. Das steht auch in unserem Wahl-Programm.

SPÖ In unserem Zukunfts-Programm „Neu-Land“ gibt es das Kapitel „Soziales“. Dort steht:

- Das Behinderten-Gesetz soll zu einem Inklusions-Gesetz werden.
- Inklusion am Arbeits-Markt soll gestärkt werden.
- Es soll für ganz Österreich einen Inklusions-Fonds geben.

FPÖ In unserem Handbuch gibt es im Teil „Soziales“ einen eigenen Teil zum Thema „Menschen mit Behinderung“. Behindertenpolitik ist aber nicht das Gleiche wie Sozialpolitik. Deshalb findet man das Thema „Menschen mit Behinderung“ an verschiedenen Stellen im Wahlprogramm.

GRÜNE Wir wollen, dass es überall Barrierefreiheit gibt. Menschen mit Behinderung sollen bei politischen Entscheidungen mitreden können. So werden ihre Bedürfnisse und Rechte besser gehört. Barrierefreiheit muss ein wichtiges Thema in der Politik sein. Daran muss bei allen Entscheidungen gedacht werden.

KPÖ Wir haben ein eigenes Kapitel mit dem Titel „Selbstbestimmt Leben“. Dort fordern wir:

- Gebäude, Straßen und Transportmittel sollen barrierefrei sein.
- Schulassistenz soll gut ausgebildet und fair bezahlt werden und genau zu den Bedürfnissen passen.
- In der Steiermark sollen Gebärdensprach-Kurse kostenlos sein.

NEOS Wir können im Bereich Inklusion auf Landes-Ebene nur wenig alleine umsetzen. Deshalb arbeiten wir mit unserem Nationalrats-Klub zusammen. Unsere steirische Abgeordnete Fiona Fiedler setzt sich dort für Verbesserungen ein. Sie hat dort schon Anträge durchgesetzt. In der Steiermark arbeiten wir an Programmen zur Inklusion in Bildung, Schule und Arbeitsmarkt.

02 Was steht in Ihrem Wahlprogramm zum Thema Inklusion?

Wahlprogramm

ÖVP Wir sind davon überzeugt, dass Inklusion ohne Barrierefreiheit nicht möglich ist. Wo Orte, Kommunikation oder digitale Angebote nicht barrierefrei sind, werden Menschen von der Teilhabe ausgeschlossen [...]. Das wollen wir nicht hinnehmen und setzen uns darum weiter dafür ein, Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu erreichen. [...] Wir wollen, dass alle Steirerinnen und Steirer ihr Leben selbstbestimmt führen können und auch in politische Entscheidungen eingebunden werden. Diese Überlegungen haben wir in unserem Wahlprogramm niedergeschrieben.

SPÖ In unserem Zukunftsprogramm „Neu-Land“ haben wir im Kapitel Soziales folgende Forderungspunkte beschlossen:

- Behindertengesetz zum Inklusionsgesetz weiterentwickeln
- Inklusion im Bereich des Arbeitsmarktes stärken
- Einführung eines bundesweiten Inklusionsfonds

FPÖ Im Handbuch Freiheitlicher Politik Steiermark befindet sich im Kapitel „Soziales“ ein eigenes Unterkapitel „Behindertenwesen“. Behindertenpolitik ist jedoch nicht mit Sozialpolitik gleichzusetzen und findet daher quer durch das ganze Wahlprogramm Niederschlag.

GRÜNE Wir setzen uns dafür ein, Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu verankern. [...] Wir fordern, dass Menschen mit Behinderungen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, damit ihre Bedürfnisse und Rechte umfassend berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss Barrierefreiheit als politisches Querschnitts-Thema verankert und bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

KPÖ Wir haben ein eigenes Unterkapitel mit dem Titel „Selbstbestimmt Leben“ mit Forderungen wie zum Beispiel:

- Barrierefreie Gebäude, Straßen, Transportmittel
- Bedarfsgerechte, gut qualifizierte und gerecht bezahlte Schulassistenten
- Kostenlose Gebärdensprachkurse in der Steiermark

NEOS [...] Nachdem wir im Bereich der Inklusion nur bedingt Dinge auf Landesebene forcieren können, sind wir hier in starker Abstimmung mit unserem Nationalratsklub, in dem unsere steirische Abgeordnete Fiona Fiedler sich nachhaltig für Verbesserungen einsetzt und in der vergangenen Legislaturperiode auch Anträge durchgebracht hat. In der Steiermark arbeiten wir dezidiert an Programmen zu Inklusion in den Bereichen Bildung, Schule und am Arbeitsmarkt. [...]

03 LL

Wieso wird im Sozial-Bereich oft eingespart?

Sparen im Sozial-Bereich

ÖVP

Das stimmt nicht. Für den Sozial-Bereich gibt es jedes Jahr mehr Geld.

SPÖ

In den letzten Jahren wurde im Sozial-Bereich nicht gespart. Die Regierung der Steiermark hat ein großes Paket gegen die Inflation für den Pflege- und Sozialbereich beschlossen. Für dieses Paket werden im Jahr 2024 ungefähr 130 Millionen Euro ausgegeben.

FPÖ

Im Bereich Behinderung ist das Budget in den letzten Jahren gestiegen. Wenn es trotzdem in manchen Bereichen weniger Geld gibt, ist das nicht gut und sollte überprüft werden. Die Interessen-Vertretungen sollten das zeigen und von der Politik fordern, etwas dagegen zu tun.

GRÜNE

In den letzten Jahren waren die Ausgaben für den Sozial-Bereich höher als jemals davor. Wir wollen einen starken Sozial-Staat. Ein gutes Sozial-System gibt den Menschen Sicherheit. Wir wollen keine Einsparungen. Wir wollen das soziale Netz in der Steiermark stärken.

KPÖ

Die Steuern werden für reiche Menschen gesenkt. Darum fehlt das Geld für wichtige Bereiche. Oft wird dann im Sozial-Bereich gespart. Einige Parteien sagen, dass Soziales nicht wichtig ist. Aber durch dieses Sparen sind mehr Menschen arm. Wir brauchen ein gutes Sozial-System. Es soll wirklich helfen. Von der Wirtschaft wollen wir, dass die Menschen gute Löhne bekommen. Dann können sie von ihrer Arbeit leben.

NEOS

Im Vergleich mit anderen Ländern in Europa, gibt es in Österreich mehr soziale Hilfe. Unser Sozial-System ist aber sehr kompliziert. Oft bekommen nicht die Menschen die Hilfe, die sie am meisten brauchen. Ein Beispiel dafür ist die Sozial-Hilfe. Wir fordern, dass diese Hilfe an die richtigen Menschen geht.

03 Wieso wird im Sozialbereich oft eingespart?

Sparen im Sozialbereich

ÖVP Das Gegenteil ist der Fall! Die Budgets im Sozialbereich steigen jährlich!

SPÖ In den letzten Jahren wurde definitiv nicht im Sozialbereich eingespart. So hat die steirische Landesregierung erst kürzlich ein umfassendes Anti-Inflationspaket für den Pflege- und Sozialbereich beschlossen. So wurden allein nur für das Anti-Inflationspaket rund 130 Millionen Euro im Jahr 2024 aufgewendet! [...]

FPÖ Im Behindertenbereich ist das Budget in den letzten Jahren laufend gestiegen. Sollte es trotzdem zu Einsparungen in bestimmten Bereichen gekommen sein, so ist dies unerfreulich und jedenfalls zu hinterfragen. Interessensvertretungen sollten diese Einsparungen aufzeigen und mahnend auf die politischen Verantwortungsträger einwirken.

GRÜNE Tatsächlich lag die Sozialquote, also der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, in den letzten Jahren immer über 30 Prozent und damit so hoch wie nie zuvor. [...] Wir treten für einen starken Sozialstaat ein, denn ein starkes Sozialsystem schafft Sicherheit und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sind daher nicht für Kürzungen oder Einsparungen, sondern für die Stärkung des sozialen Netzes in der Steiermark.

KPÖ Durch Steuerkürzungen, besonders für die Reichen, fehlt das Geld für wichtige Bereiche. Leider wird dann häufig im Sozialbereich gespart, weil von manchen Parteien behauptet wird, Soziales sei nicht produktiv und „es geht den Leuten eh so gut“. Die vielen Einsparungen haben leider zu mehr Armut geführt. Wir brauchen ein gutes Sozialsystem, welches auch seinen Namen verdient. Von der Wirtschaft fordern wir gute Löhne, damit man von der eigenen Arbeit leben kann.

NEOS Die Sozialquote ist in Österreich im europäischen Ländervergleich traditionell sehr hoch. Unser Sozialsystem ist ein komplexes Gewirr an Maßnahmen und Förderungen, bei denen mittlerweile nicht mehr diejenigen profitieren, die es am notwendigsten haben, sondern diejenigen, die sich im System am besten auskennen. Bestes Beispiel hierfür ist die gegenwärtige Sozialhilfe. Wir fordern, die Treffsicherheit [...] in diesem Bereich erheblich zu verbessern.

ÖVP

Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden können, wie sie leben. Sie sollen frei und unabhängig leben können. Menschen mit Behinderung sollen mehr Geld bekommen. Unsere Partei möchte, dass die Steuer-Erleichterungen für Menschen mit Behinderung an die Inflation angepasst werden. Außerdem sollen Menschen mit Behinderung in Werkstätten einen Lohn und eine Sozial-Versicherung bekommen. Sie sollen nicht nur ein Taschengeld bekommen.

SPÖ

Menschen mit Behinderung sollen gleich behandelt werden. In allen wichtigen Ausbildungen sollen Menschen auch etwas über Barrierefreiheit lernen. Es braucht mehr Geld um Menschen mit Behinderung richtig zu unterstützen. Durch einen Inklusions-Fonds für ganz Österreich könnte es das Geld für die Sozial-Versicherung und für neue Maßnahmen geben.

FPÖ

Die Politik in der Steiermark muss dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können. Menschen mit Behinderung müssen gut lernen können, eine Arbeit mit fairer Bezahlung finden und die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Dann haben alle die gleichen Chancen im Leben.

GRÜNE

Wir wollen Barrierefreiheit in allen Bereichen. Wir möchten, dass alle Menschen zusammen leben, lernen, arbeiten und Freunde finden können. Dafür brauchen wir De-Institutionalisierung. Wir brauchen inklusive Bildung. Wir brauchen persönliche Assistenz. Wir brauchen einen Arbeits-Markt, der für alle offen ist.

KPÖ

Wir machen regelmäßig den „Runden Tisch“. Dadurch haben wir viele Ideen für Inklusion in den Landtag gebracht. Das Projekt „Stille Stunde“ hilft Menschen mit Autismus. Es wurde mit Billa gestartet. Wir wollen, dass es das an mehr Orten in der Steiermark gibt. Viele Wohnungen sind als barrierefrei beschrieben. Oft sind sie es aber nicht. Es soll eine Bestätigung geben. Die sagt dann, dass die Wohnung wirklich barrierefrei ist.

NEOS

Es soll in ganz Österreich die gleichen Regeln für persönliche Assistenz geben. Auch das Recht auf das Kindergarten-Jahr und die 11. und 12. Schulstufe ist wichtig. Wir brauchen diese Änderungen. Damit haben alle Menschen die gleichen Chancen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt.

04 Was werden Sie als Partei für Menschen mit Behinderung verändern?

Veränderung

ÖVP [...] Menschen mit Behinderung sollen ein möglichst selbstbestimmtes, unabhängiges und freies Leben führen können. [...] Ein wichtiges Handlungsfeld ist, die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern. Unsere Bundesparteiorganisation [...] will die Inflationsanpassung der Behindertenfreibeträge im Steuerrecht umsetzen und ermöglichen, dass Menschen mit Behinderung für ihre Arbeit in Werkstätten Lohn und eine Sozialversicherung statt Taschengeld erhalten.

SPÖ Unser Ziel ist die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Die digitale und bauliche Barrierefreiheit [...] soll in allen relevanten Berufsausbildungen verpflichtend unterrichtet werden. [...] Die bisher zur Verfügung stehenden Budgetmittel reichen für eine umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen bei weitem nicht aus. Mit einem bundesweiten Inklusionsfonds könnten die Sozialversicherung sowie zukünftige Maßnahmen finanziert werden [...].

FPÖ Die heimische Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass Menschen mit Behinderung in der Steiermark die bestmöglichen Rahmenbedingungen vorfinden, die zur Führung eines selbstbestimmten Lebens notwendig sind. [...] Nur wenn Menschen mit Behinderung die Möglichkeit haben, sich entsprechend ihren Bedürfnissen zu bilden, eine Anstellung mit angemessener Entlohnung bekommen und individuell angepasste Förderungen erhalten, ist Chancengleichheit von der Geburt bis ins Alter möglich.

GRÜNE Wie unter Punkt 2 unseres Wahlprogramms beschrieben, ist es unser Ziel, Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Wir wollen, dass alle Menschen gemeinsam leben, lernen, arbeiten und Freundschaften pflegen können. Wichtige Maßnahmen dazu sind Deinstitutionalisierung, inklusive Bildung, bedarfsgerechte Unterstützung wie persönliche Assistenz und ein inklusiver Arbeitsmarkt.

KPÖ Durch unseren regelmäßigen „Runden Tisch“ haben wir viele Initiativen zum Thema Inklusion im Landtag eingebracht. Das Projekt „Stille Stunde“ zur Unterstützung von Menschen im Autismusspektrum wurde in Kooperation mit Billa erstmals umgesetzt und wir wollen das in der Steiermark ausweiten. Viele Wohnungen sind als barrierefrei ausgewiesen, erfüllen aber oft kaum die Erfordernisse. Ein Zertifikat soll garantieren, dass die betroffene Wohnung auch wirklich barrierefrei ist.

NEOS [...] Besonders wichtig sind uns die Umsetzung der bundesweiten Vereinheitlichung privater persönlicher Assistenz und auch der Rechtsanspruch auf das Kindergartenjahr sowie die 11. und 12. Schulstufe. Diese Schritte sind für uns notwendige Veränderungen, denn sie sind Voraussetzungen für die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems und für die eines inklusiven Arbeitsmarktes.

ÖVP

Wir leben Inklusion – auch als Arbeit-Geber.

SPÖ

Alle Menschen sollen gleich behandelt werden. Das ist unserer Partei sehr wichtig, seit es uns gibt. Wir schauen darauf, dass alles barrierefrei ist. Alle unsere Inhalte sind zugänglich. Auch bei Veranstaltungen schauen wir darauf, dass die Orte barrierefrei sind.

FPÖ

Inklusion wird bei uns in der Partei gezeigt. Wir waren die erste Partei, die einen Spitzen-Kandidaten mit Behinderung für die Wahl zum Bundes-Präsidenten vorgeschlagen hat. In der letzten Periode hatten wir auch einen Abgeordneten mit einer körperlichen Behinderung auf Landes-Ebene.

GRÜNE

In der Grünen Partei arbeiten Menschen mit Behinderungen. Sie sind Kandidat:innen für die Landtagswahl und auch Mitarbeiter:innen. Barbara Sima-Ruml sitzt seit 2001 im Rollstuhl. Sie arbeitet als Expertin für barrierefreies Bauen und als Lehrerin an der TU Graz und der FH Joanneum. Sie steht auf Platz 7 unserer Liste für die Landtags-Wahl.

KPÖ

Mit unserem „Runden Tisch“ soll es Menschen mit Behinderung möglich sein, mitzubestimmen. Wir hören, wo etwas verändert werden muss. Wir bringen die Wünsche der Menschen in den Landtag. Wir haben Heinz Sailer auf der KPÖ-Wahlliste. Er war Vorsitzender des Monitoring-Ausschusses. Er ist ein unabhängiger Kandidat und hilft uns mit seiner Erfahrung.

NEOS

Für uns ist Barrierefreiheit normal. Unsere Mitglieder-Versammlungen sind barrierefrei. Außerdem übersetzen wir bei den Versammlungen in Gebärdensprache. Unsere Programme sind in einfacher Sprache. Als Arbeitgeber stellen wir auch genug Menschen mit Behinderung ein.

05 Wie inklusiv ist Ihre Partei?

Inklusion in der Partei

ÖVP Wir leben Inklusion – auch als Arbeitgeber.

SPÖ Das Ziel der Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen begleitet uns als Sozialdemokratie schon seit unserer Gründung, seit damals ist „Gleichheit“ einer unserer unverrückbaren Grundwerte. [...] Gemäß unserem Grundsatz „arbeiten statt reden“. Innerhalb unserer eigenen Strukturen legen wir großen Wert auf Barrierefreiheit, einerseits bei der Zugänglichkeit unserer politischen Inhalte, aber auch zum Beispiel bei der Auswahl von Veranstaltungsorten.

FPÖ Inklusion wird von unserer Partei vorgelebt. Die Freiheitlichen waren die erste Partei, die einen Spitzenkandidaten mit Behinderung für die Wahl zum Bundespräsidenten nominierte und hatte in der letzten Gesetzgebungsperiode auch auf Landesebene einen Abgeordneten mit einer körperlichen Beeinträchtigung.

GRÜNE In der Grünen Partei finden sich Menschen mit Behinderungen sowohl auf der Ebene der Kandidat:innen für die Landtagswahl als auch bei den Mitarbeiter:innen. Barbara Sima-Ruml, die seit 2001 im Rollstuhl sitzt und beruflich als Sachverständige für barrierefreies Bauen und als Dozentin an der TU Graz und der FH Joanneum tätig ist, steht auf Platz 7 unserer Kandidat:innenliste.

KPÖ Mit unserem „Runden Tisch“ [...] wollen wir echte Partizipation für Menschen mit Behinderung ermöglichen. Wir erfahren [...], wo es Handlungsbedarf gibt und bringen die Anliegen der Menschen in den Landtag. Wir haben mit Heinz Sailer, den ehem. Vorsitzenden des Monitoringausschusses, einen parteifreien und unabhängigen Kandidaten auf der KPÖ-Wahlliste, der uns auch mit seiner Expertise zur Seite steht.

NEOS Für uns NEOS ist umfassende Barrierefreiheit eine Selbstverständlichkeit. Mitgliederversammlungen sind barrierefrei ausgestaltet [...]. Darüber hinaus bieten wir bei Mitgliederversammlungen Übersetzungen in Gebärdendolmetsch an. Parteiprogramme werden in einfacher Sprache erstellt und auch als Arbeitgeber erfüllen wir auch die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung.

ÖVP

Barrierefreiheit – siehe Frage 2.
Wir unterstützen Programme für Ausbildungen und für mögliche Arbeitgeber. Wir wollen ein Bildungssystem, das Menschen mit intellektueller Behinderung hilft, die gleichen Möglichkeiten wie alle anderen in der Gesellschaft und bei der Arbeit zu haben.

SPÖ

In der Steiermark gibt es schon zwei Programme: „step-by-step“ und „in Arbeit“. Diese Programme helfen Menschen mit Behinderung, einen Job auf dem ersten Arbeits-Markt zu finden. Es sollen neue Arbeits-Plätze getestet werden. Bei diesen sollen Menschen mit Behinderung einen Lohn und eine Sozial-Versicherung bekommen.

FPÖ

Die Politik für den Arbeits-Markt ist Aufgabe des Bundes. Darum können wir auf Landes-Ebene wenig tun. Es wäre gut, eine Arbeits-Gruppe zu machen. Diese Gruppe soll aus Interessen-Vertretungen des Landes und dem Bund bestehen. Diese Gruppe soll Lösungen finden.

GRÜNE

Wir müssen Projekte fördern, bei denen Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf einen fairen Lohn und eine Sozialversicherung bekommen. So können sie am ersten Arbeits-Markt teilnehmen. Sie sollen einen richtigen Lohn erhalten und nicht nur ein Taschengeld.

KPÖ

Es gibt Projekte, die gut laufen. Sie können später zu normalen Systemen werden. Als erster Schritt könnte man in manchen Branchen ein Konzept für einen inklusiven Arbeits-Markt machen. Man sollte auch mehr im normalen Arbeits-Markt tun. Zum Beispiel muss die Ausgleichs-Taxe höher sein. Außerdem kann man mit Förderungen arbeiten.

NEOS

Für einen inklusiven Arbeits-Markt wollen wir mit Menschen mit Behinderungen und wichtigen Gruppen zusammenarbeiten. Wir wollen einen guten Übergang von der Schule in den Arbeits-Markt. Dafür muss die Ausgleichs-Taxe geändert werden. Statt dieser soll es Anreize geben.

ÖVP Barrierefreiheit – siehe Frage 2. Außerdem direkte und indirekte Förderung für Ausbildungsprogramme und potentielle Arbeitgeber. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das Menschen mit intellektueller Behinderung gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt eröffnet.

SPÖ [...] in der Steiermark wurden bereits zwei Leistungen – „step-by-step“ und „in Arbeit“ – etabliert, mit denen die Verwirklichung eines Anstellungsverhältnisses für Menschen mit Behinderungen [...] am ersten Arbeitsmarkt unterstützt werden soll. [...] Mit diesen Leistungen sollen vor allem inklusive Beschäftigungs- und Tätigkeitsvarianten für Menschen mit Behinderung erprobt werden, die eine tatsächliche Entlohnung mit der entsprechenden sozialversicherungsrechtlichen Absicherung zur Folge haben. [...]

FPÖ Da der Bund die Hauptverantwortung für die Arbeitsmarktpolitik trägt, ist der Handlungsspielraum auf Landesebene kaum gegeben. Es bietet sich daher an, eine Arbeitsgruppe aus Interessensvertretungen des Landes zusammen mit dem Bund ins Leben zu rufen, um entsprechende Wege auszuarbeiten.

GRÜNE [...] Die Möglichkeit, konkrete Projekte zu fördern, in denen Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf faire Löhne, Sozialversicherungs- und Pensionsansprüche erwerben, ist ein wichtiger Schritt, um Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Langfristig heißt das Ziel: Lohn statt Taschengeld.

KPÖ Es gibt Pilot-Projekte, die nach langer erfolgreicher Praxis zu einem Regelsystem umgewandelt werden können [...]. Ein erster Schritt wäre bei einigen Branchen anzufangen und ein inklusives Arbeitsmarktkonzept auszuarbeiten. Man sollte auch mehr in den „regulären Arbeitsmarkt“ eingreifen. Das tut man auch mit der Ausgleichstaxe, welche deutlich erhöht werden muss. Gleichzeitig kann man mit Anreizen und Förderungen arbeiten.

NEOS [...] Für die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes wollen wir einen umfangreichen Prozess gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen, Interessenvertretungen sowie den Trägerorganisationen. Ziel sollte es sein, einen reibungslosen Übergang aus der inklusiven Schule in den inklusiven Arbeitsmarkt zu garantieren. Dafür braucht es eine Reform der Ausgleichstaxe, an deren Stelle ein wirksames Anreizsystem [...] tritt. [...]

Vieles wird immer teurer. Es ist schwer, sich Dinge wie Energie, Wohnungen oder Einkäufen leisten zu können. Was tut die Politik dagegen?

ÖVP

Wir kämpfen für ein Leben, das sich jeder leisten kann! Die hohen Preise müssen gesenkt werden. Wir bauen viele neue, günstige Wohnungen. Wir helfen jungen Menschen, ein eigenes Zuhause zu kaufen. Außerdem helfen wir Menschen, die Hilfe brauchen, mit Heiz-Kosten und Miet-Kosten.

SPÖ

Die Preise sind in Österreich sehr hoch, weil die Bundes-Regierung nicht genug dagegen tut. Wir haben den Menschen, die besonders stark betroffen sind, aber schnell geholfen. Seit 2019 haben wir 322,3 Millionen Euro für Hilfen für Heizkosten und Wohnen und für den Steiermark-Bonus ausgegeben.

FPÖ

Wir finden, dass die Klimapolitik und die Russland-Sanktionen die Preise steigen lassen. Das muss gestoppt werden. Die CO2-Steuer und die ORF-Gebühren müssen weg. Die Mehrwert-Steuer auf Lebensmittel, Energie und Treibstoffe soll halbiert oder ausgesetzt werden. Die Mineralöl-Steuer soll ausgesetzt werden. Die Mieten sollen nicht teurer werden.

GRÜNE

Wir sind zu sehr von fossilen Brennstoffen abhängig. Vor allem von Gas aus Russland. Durch den Krieg in der Ukraine sind die Preise stark gestiegen. Österreich soll unabhängig von schmutzigem Öl und Gas werden. Wenn wir mehr erneuerbare Energien haben, können wir die Kosten für Energie niedrig halten. So können wir die Preise besser kontrollieren.

KPÖ

Viele Menschen können sich die Mieten, das Leben und den Einkauf nicht mehr leisten. Andere Länder haben geholfen. Unsere Bundes-Regierung hat nicht geholfen. Politiker:innen der KPÖ behalten nur 2.500 Euro Lohn. Das restliche Geld wird an Menschen gespendet, die Hilfe brauchen. Seit 1998 wurde mehr als 26.000 Menschen und Familien geholfen.

NEOS

Die Politik für den Arbeits-Markt ist Aufgabe des Bundes. Darum können wir auf Landes-Ebene wenig tun. Es wäre gut, eine Arbeits-Gruppe zu machen. Diese Gruppe soll aus Interessens-Vertretungen des Landes und dem Bund bestehen. Diese Gruppe soll Lösungen finden.

ÖVP Wir kämpfen für ein leistbares Leben! Die Teuerungen müssen abgefedert werden, zum Beispiel schaffen wir durch unsere große Wohnraumoffensive neue, leistbare Wohnungen und sorgen dafür, dass junge Menschen wieder Eigentum erwerben können. Zudem entlasten wir mit Heiz- und Mietkostenzuschüssen jene, die es brauchen.

SPÖ Die Teuerung ist in Österreich aufgrund fehlender oder unzureichender Maßnahmen der Bundesregierung leider enorm hoch. In unserem Verantwortungsbereich haben wir [...] schnell und entschlossen gehandelt, um gezielt Menschen zu unterstützen, die besonders stark von der Teuerung betroffen sind. [...] Für Heizkostenzuschüsse, Wohnunterstützung und den Steiermark-Bonus wurden seit dem Jahr 2019 in Summe 322,3 Millionen Euro aufgewendet. [...]

FPÖ Aus freiheitlicher Sicht sind der preistreibenden Klimapolitik und den wirtschaftsschädlichen Russland-Sanktionen umgehend ein Ende zu bereiten. Neben der CO2-Strafsteuer muss auch die ORF-„Zwangssteuer“ abgeschafft werden. In Zeiten der Teuerung braucht es außerdem die Halbierung bis hin zu einer Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Energie und Treibstoffe und der Mineralölsteuer sowie die konsequente Aussetzung von Mieterhöhungen.

GRÜNE Unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, konkret von russischem Gas, im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat zu extremen Preissteigerungen geführt. Unser Ziel ist es, Österreich unabhängig von schmutzigen Öl- und Gasimporten zu machen. Durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien können wir unsere Energiekosten stabil halten und damit auch die Teuerung in Schach halten.

KPÖ Viele Menschen können sich die Wohnkosten, das Leben und den Einkauf nicht mehr leisten. Während andere Länder wirksame Maßnahmen gesetzt haben, ließ die Bundesregierung die Menschen im Stich. KPÖ-Politiker:innen behalten vom hohen Politikergehalt nur den Durchschnitts-Facharbeiterlohn von 2.500 Euro. Der Rest wird an Menschen gespendet, die in finanzielle Not sind und dringend Hilfe brauchen. Über 26.000 Personen und Familien wurden seit 1998 unterstützt.

NEOS Die Regierung hatte die vergangene Inflation unnötig angefeuert. Österreich hatte die höchste Inflation in Westeuropa. Jetzt gilt es, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangeht und Preise von Produkten und Dienstleistungen, die er selbst verkauft, senkt. So müssen [...] die Voraussetzungen für niedrigere Gaspreise für Endkunden geschaffen werden. [...] Die Senkung der [...] Lohnnebenkosten ist ein weiteres gutes Beispiel, um Preisdruck zu reduzieren.

ÖVP

Seit Juni haben wir einen Plan für die inklusive medizinische Versorgung. Wir wollen ihn umsetzen. Es soll weniger Barrieren geben. Wir wollen, dass alle Menschen in der Steiermark gesundheitlich versorgt sind. Menschen, die im Bereich Gesundheit arbeiten, sollen lernen, wie sie Menschen mit intellektuellen oder mehrfachen Behinderungen gut versorgen können.

SPÖ

Medizinische Versorgung muss für alle Menschen gut erreichbar, bezahlbar und verfügbar sein. Alle Menschen sollen gut versorgt sein. Mit uns werden keine weiteren Landes-Krankenhäuser in der Steiermark geschlossen. Wir wollen mehr Gesundheits-Zentren. Damit können alle Menschen in ihrer Nähe eine gute Gesundheits-Versorgung haben.

FPÖ

Schon im Medizin-Studium müssen die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung Thema sein. So werden zukünftige Ärzte von Anfang an darauf vorbereitet. Deswegen muss das Wissenschafts-Ministerium kontaktiert werden. Dort sollen Änderungen im Lehrplan gefordert werden.

GRÜNE

Die Gesundheits-Plattform Steiermark hat im Juni einen Plan gemacht. In diesem Plan steht, wie die medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen verbessert werden soll. Es muss mehr medizinische Angebote geben. Wir arbeiten dafür, dass in der ganzen Steiermark mehr Angebote gibt. Es soll in allen Regionen diese Angebote geben.

KPÖ

Ein inklusives Gesundheits-System muss für alle Menschen da sein. Menschen, die sich schwer bewegen können, sollen keine langen Wege haben. Sie sollen trotzdem gut versorgt werden. Selbstvertreter:innen sollen bei den Entscheidungen mitreden. Unser Ziel ist ein gutes Gesundheits-System für alle. Wir wollen kein System, in dem Reiche und Privatversicherte besser behandelt werden.

NEOS

Viele ärztliche Praxen sind nicht barrierefrei. Das muss sich ändern. Aber Inklusion ist mehr als Barrierefreiheit. Am Land braucht es auch Online-Lösungen. Zum Beispiel Übersetzungen in Gebärdensprache. Es ist auch wichtig, dass medizinisches Personal schon in der Ausbildung lernt, wie man inklusiv behandelt.

ÖVP [...] Wir haben im Juni einen Maßnahmenplan für die inklusive medizinische Versorgung beschlossen. Diesen wollen wir umsetzen. Unser Ziel: Barrieren abbauen und eine wirklich inklusive Gesundheitsversorgung in der Steiermark aufstellen. Dazu gehört [...], dass wir das „Institut für inklusive Medizin Kainbach“ weiterentwickeln wollen. Wir wollen in der Ausbildung von Gesundheitsberufen eine Fortbildung verankern, die sich der medizinischen Versorgung von Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder mehrfacher Behinderung widmet. [...]

SPÖ Medizinische Versorgung muss für alle Menschen zugänglich, leistbar und verfügbar sein – unabhängig, ob eine Behinderung vorliegt oder nicht. Wir stehen für die Sicherung der medizinischen Versorgung und stellen klar: Mit der Steirischen Sozialdemokratie und Anton Lang wird es keine weiteren Schließungen von LKH-Standorten geben. Außerdem setzen wir stark auf den Ausbau der Gesundheitszentren, um die wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu stärken.

FPÖ Hier muss auf jeden Fall bereits während der Ausbildung im Medizinstudium auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung im Lehrplan eingegangen werden, damit angehende Ärzte von vorn herein sensibilisiert und geschult werden. Ein Herantreten an das Wissenschaftsministerium ist daher vonnöten, um Änderungen im Lehrplan einzufordern.

GRÜNE Im Juni 2024 wurde von der Gesundheitsplattform Steiermark [...] ein Maßnahmenplan zur Versorgung von Menschen mit Behinderungen beschlossen. [...] Dazu gehört auch der Ausbau der medizinischen Versorgungsangebote. [...] Wir setzen uns dafür ein, dass solche Versorgungsangebote in der gesamten Steiermark ausgebaut werden, mit dem langfristigen Ziel, dass es in allen Regionen Angebote gibt.

KPÖ Ein inklusives Gesundheitssystem muss verfügbar und erreichbar für alle sein, damit Menschen, die z.B. mobilitätseingeschränkt sind, keine langen Anfahrten machen müssen und Zugang zur Versorgung haben. Besonders wichtig ist eine starke Einbindung von Selbstvertreter:innen in diese Entscheidungen. Unser Ziel ist ein Gesundheitssystem von hoher Qualität für alle und ein Ende der Zweiklassen-Medizin, wo Reiche und Privatversicherte bevorzugt werden.

NEOS Eines der größten Probleme ist, dass viele Praxen nicht barrierefrei sind, obwohl sie dies müssten. [...] diese Vorgaben müssen umgesetzt werden. [...] es braucht auch in peripheren Regionen Onlinelösungen, um ggf. Übersetzungen in Gebärdensprache anzubieten. Wichtig ist jedenfalls eine Sensibilisierung medizinischen Personals schon in der Ausbildung, damit sie [...] wissen, wie möglichst inklusiv behandelt werden kann.

ÖVP

In der Steiermark gibt es heilpädagogische Kindergärten. Dort gehen Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam hin. In diesen Kindergärten wird jedes Kind so unterstützt, wie nötig. Kein Kind soll in der Schule zurückgelassen werden. Dafür gibt es die Schul-Assistenz. Sie hilft den Kindern beim Unterricht. Es gibt ein neues System für die Schul-Assistenz. Dadurch ist diese Hilfe flexibler.

SPÖ

Kinder mit Behinderung brauchen früh Unterstützung. Dann können sie sich gut entwickeln. Die Steiermärkische Behinderten-Hilfe hilft dabei. Eine Hilfe ist die Früh-Förderung. Auch für Therapien und Hilfs-Mittel gibt es Unterstützung. Wir wollen besonders den Bildungsbereich beachten. Auch Kinder mit Behinderung sollen in der Schule gut lernen können.

FPÖ

Eltern wissen am besten, was ihr Kind braucht. Sie müssen entscheiden können, welche Schule für ihr Kind am besten ist. Manchmal kann eine Regel-Schule nicht genug unterstützen. Manchmal braucht ein Kind mehr Hilfe und Pflege, als die Schule anbieten kann. Kinder leiden in solchen Systemen mehr, als sie davon profitieren.

GRÜNE

Schulen und Kindergärten sollen für alle Kinder offen sein. Jedes Kind soll die Hilfe bekommen, die es braucht. Alle Kinder sollen sich willkommen fühlen. Dafür brauchen alle Schulen und Kindergärten genug Hilfe und Geld. Wir möchten, dass Kinder mit besonderem Förder-Bedarf zusammen mit anderen Kindern in einer Schule lernen. Sie sollen nicht in spezielle Schulen gehen müssen.

KPÖ

Das getrennte Schul-System muss geändert werden. Es soll ein inklusives System geben. Das Geld, das für Sonderschulen ausgegeben wird, soll für inklusive Schulen genutzt werden. Italien ist ein gutes Beispiel für ein inklusives Schul-System. Es gibt aber auch dort Probleme. Zum Beispiel gibt es nicht genug Fachkräfte. Aber wir können viel von Italien lernen.

NEOS

Wir wollen, dass jedes Kind mit Behinderung einen Platz im Kindergarten und in der 11. und 12. Klasse bekommt. Wir fordern auch mehr Unterstützung für Kinder mit Behinderung, damit sie in Regel-Schulen gut lernen können. Langfristig sollen Regel-Schulen und Sonder-Schulen gegenseitig geöffnet werden. Kinder mit und ohne Behinderung können dann zusammen in einer Schule lernen.

09 Welches Ziel verfolgen Sie beim Thema inklusive Bildung?

Bildung

ÖVP [...] Es gibt in der Steiermark heilpädagogische Kindergärten [...]. Diese Bildungseinrichtungen fördern die gemeinsame Betreuung von Kindern mit oder ohne Beeinträchtigung, damit jedes Kind seinen Möglichkeiten entsprechend unterstützt wird. [...] Weiters möchten wir sicherstellen, dass im Bildungsbereich kein Kind zurückgelassen wird. Die Schulassistenten sind dafür eine wichtige Unterstützungsleistung [...]. Das neue Schulassistentensystem schafft mehr Flexibilität.[...]

SPÖ Die Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung muss möglichst früh einsetzen, um wichtige Entwicklungsschritte bestmöglich zu unterstützen. Die Steiermärkische Behindertenhilfe stellt hierzu zahlreiche Hilfeleistungen, wie insbesondere die „Frühförderung“, aber z.B. auch Zuschüsse zu Therapien und Hilfsmitteln zur Verfügung. [...] Ein Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode soll der Bildungsbereich sein [...].

FPÖ Eltern wissen am besten, welche Bedürfnisse ihr Kind hat und müssen weiterhin über die geeignete Schulform für ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf entscheiden können. In bestimmten Fällen kann eine Regelschule den entsprechenden Förderbedarf nicht kompensieren, weil je nach Art der Behinderung der Bedarf an Betreuung und Pflege höher ist als der an Beschulung. Kinder leiden in diesen Systemen mehr als sie davon profitieren.

GRÜNE Unser Ziel ist ein Bildungsumfeld, das Vielfalt als Bereicherung begreift und jedes Kind nach seinen individuellen Bedürfnissen fördert. [...] Jedes Kind muss von der Krippe bis zur Schule willkommen sein. Dafür braucht es flächendeckend ausreichende Ressourcen in allen Bildungseinrichtungen. Wir setzen auf Integration statt Separation. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen ihren Platz in Regelschulen finden [...].

KPÖ Das segregierte Schulsystem muss beendet und zugunsten eines inklusiven Ansatzes umstrukturiert werden. Ressourcen von Sonderschulen sollten in inklusive Bildung investiert werden, damit eine nationale Strategie für ein inklusives Schulsystem umgesetzt werden kann. Italien gilt weltweit als Vorbild für ein inklusives Schulsystem. Natürlich gibt es auch dort Probleme, wie z.B. Fachkräftemangel. Dennoch kann man viel von unserem Nachbarland lernen.

NEOS [...] Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und auf ein 11. und 12. Schuljahr für Kinder bzw. Jugendliche mit Behinderung ein. Weiters fordern wir mehr Ressourcen für sonderpädagogische Förderung [...], damit Kinder mit Behinderung auch in der Regelschule jene Bedingungen vorfinden, die sie zum Lernen benötigen. Langfristiges Ziel ist die gegenseitige Öffnung von Sonder- und Regelschulen, sodass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen können [...].

ÖVP

Wir helfen, dass es mehr Tageseltern gibt. Wir sprechen mit den Partnern im Sozial-Bereich, um den Tageseltern zu helfen. Tageseltern können jetzt in Räumen der Gemeinde oder von Betrieben arbeiten. Wir helfen Menschen auch, passende Tageseltern zu finden.

SPÖ

Im Steiermärkischen Behinderten-Gesetz gibt es viele Leistungen, die Menschen mit Behinderung helfen, selbstbestimmt zu leben. Diese Angebote werden ständig verbessert. Neue Leistungen werden getestet und umgesetzt. Sie helfen Menschen, weniger in Institutionen zu leben. Die Steiermark unterstützt auch den „Nationalen Aktionsplan Behinderung 2022 bis 2030“ (NAP II). Dort helfen wir, Ideen zu entwickeln, die De-Institutionalisierung fördern.

FPÖ

Die Selbstbestimmung der Menschen muss wichtig für die Politik sein. Menschen mit Behinderung dürfen nicht in ihrer Freiheit eingeschränkt werden. Sie sollen entscheiden können, wie, wo und mit wem sie leben möchten. Sie brauchen echte Unterstützung dabei.

GRÜNE

Wir brauchen mehr ambulante und mobile Dienste. Im aktuellen Programm steirischen Regierung steht ein Plan für ein neues Inklusions-Gesetz. Dieses Gesetz gibt es aber noch nicht. Wir wollen, dass ein neues Gesetz gemacht wird. Es soll Angebote verbessern und helfen, mehr Menschen aus Institutionen zu holen damit sie selbstbestimmter leben können.

KPÖ

Es muss mehr getan werden, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können. Sie sollen nicht in ihrer Wahlfreiheit und ihren Entscheidungen eingeschränkt werden. Nur wenn jemand sich selbst oder andere gefährdet sollte es Einschränkungen geben. Der Grazer Behinderten-Beirat hat eine Petition zur De-Institutionalisierung. Diese unterstützen wir. Wir werden uns weiterhin dafür im Landtag einsetzen.

NEOS

Es gibt noch nicht alle Voraussetzungen, um manche Einrichtungen abzuschaffen. Außerdem gibt es in unserem System immer noch viele Unterschiede, die es schwer machen, die De-Institutionalisierung umzusetzen. Wir sprechen immer wieder über diese Probleme und sorgen dafür, dass sie in der Politik nicht vergessen werden.

ÖVP Wir unterstützen den Ausbau von Tageseltern und sind dazu laufend im Gespräch mit den Sozialpartnern, um unseren Tageseltern bestmögliche Servicierung und Unterstützung in der Abwicklung zu ermöglichen. Wir haben das System der Tageseltern weiterentwickelt zu einer Betreuung in gemeindeeigenen und betriebseigenen Räumlichkeiten und der Möglichkeit der Vermittlung von Tageseltern. [...]

SPÖ [...] das Steiermärkische Behindertengesetz bietet eine Reihe von Leistungen an, die ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen [...] Außerdem werden die Leistungsangebote laufend weiterentwickelt und neue Leistungen im Sinne von möglichst de-institutionalisierten Prozessen erprobt und implementiert. Darüber hinaus trägt die Steiermark die Maßnahmen des aktuellen „Nationalen Aktionsplans Behinderung 2022 – 30 (NAP II)“ mit und wird sich mit großem Engagement in die partizipative Erarbeitung von Strategien zur De-Institutionalisierung im Rahmen des NAP II einbringen. [...]

FPÖ Die Selbstbestimmung des Menschen muss im Fokus des politischen Handelns liegen. Menschen mit Behinderung dürfen in ihrer Autonomie, Wahlfreiheit und Kontrolle darüber, wie sie wo mit wem leben wollen, nicht eingeschränkt werden, sondern brauchen echte Unterstützung.

GRÜNE Ambulante und mobile Dienste müssen ausgebaut werden. Bereits im aktuellen Regierungsprogramm der Steiermärkischen Landesregierung wurde ein neues Inklusionsgesetz angekündigt, jedoch nicht umgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass [...] ein neues Integrationsgesetz erarbeitet wird. Dieses soll das bestehende Leistungsangebot adaptieren, um die Deinstitutionalisierung voranzutreiben.

KPÖ Der Ausbau von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben muss mehr gefördert werden. Einschränkungen der Wahl- und Entscheidungsfreiheit sind möglichst zu beseitigen und sollten idealerweise nur in Fällen von Selbst- oder Fremdgefährdung angewandt werden. Wir unterstützen die Petition des Grazer Behindertenbeirats zur De-Institutionalisierung vollinhaltlich und werden diesem Anliegen weiterhin im Landtag unsere Aufmerksamkeit schenken.

NEOS Leider mangelt es noch an den Voraussetzungen, um gewisse Institutionen abzuschaffen. [...] Zum anderen gibt es in unserem föderalen System noch immer viele Uneinheitlichkeiten [...] die flächendeckende Deinstitutionalisierung im Sinne der UN-BRK erschweren. [...] Wir weisen in unserer Arbeit immer wieder auf diese Missstände hin und sorgen somit dafür, dass sie im politischen Alltag nicht untergehen.

**11
LL**

Was werden Sie tun, damit alle Menschen mit intellektueller Behinderung eine faire Pension bekommen?

Pension

ÖVP

Es ist wichtig, dass Menschen mit intellektueller Behinderung in einem fairen Job einen gerechten Lohn und eine Sozialversicherung erhalten. Bisher bekommen sie oft nur ein Taschengeld.

SPÖ

Wir fordern vom Bund schon lange die soziale Absicherung von Menschen mit Behinderung. Besonders wichtig ist unsere Forderung nach „Lohn statt Taschengeld“ in Tagesstrukturen. Dadurch haben Menschen mit Behinderung Ansprüche auf Rente und Kranken-Versicherung.

FPÖ

Die Eingliederung von Menschen mit Behinderung muss sehr wichtig sein. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass Menschen in Tageswerkstätten sozialversichert sind. Weitere Schritte müssen folgen.

GRÜNE

Menschen mit Behinderung sollen Lohn statt nur ein Taschengeld bekommen. Dann können sie eine Pension bekommen. In der Steiermark gibt es ein Modell, bei dem Menschen mit Behinderungen in Tageswerkstätten in Pension gehen können. Wir wollen, dass mehr Menschen dieses Modell nutzen können.

KPÖ

Wir finden es gut, wenn Menschen mit Behinderung in Pension gehen und ihren Alltag selbstbestimmter leben können. Aber eine faire Pension gibt es noch nicht. Menschen mit Behinderung sollen die Möglichkeit haben, mit einer Pensions-Versicherung im Arbeits-Markt zu arbeiten. Alle Menschen sollen gut in die Arbeits-Welt eingebunden werden. Wer nicht arbeiten kann, soll trotzdem abgesichert sein.

NEOS

Siehe Frage 6.

ÖVP Voraussetzung dafür ist es, dass Menschen mit intellektueller Behinderung in einem fairen Beschäftigungsverhältnis einen fairen Lohn und damit eine Sozialversicherung statt wie bisher weitläufig üblich ein Taschengeld bekommen.

SPÖ Die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Menschen mit Behinderung ist eine langjährige Forderung der Länder an den Bund, in dessen Zuständigkeit diese Frage fällt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang unsere Forderung „Lohn statt Taschengeld“ in Tagesstrukturen. Dadurch erwerben Beschäftigte eigenständige pensions- und krankensicherungsrechtliche Ansprüche.

FPÖ Die Forcierung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung muss von hoher Priorität sein. Wir Freiheitliche setzen uns seit Jahren für eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung in Tageswerkstätten ein. Weitere entsprechende Schritte müssen folgen.

GRÜNE Das grundsätzliche Ziel ist Lohn statt Taschengeld, da mit dem Bezug eines regulären Lohnes auch ein Pensionsanspruch einhergeht. Darüber hinaus unterstützen wir die finanzielle und personelle Ausstattung von Modellen wie jenem des Landes Steiermark, mit dem Menschen mit Behinderungen in Tageswerkstätten die Möglichkeit gegeben wird, „in Pension zu gehen“ und sprechen uns für eine Ausweitung der Zielgruppe aus.

KPÖ Als KPÖ begrüßen wir die Möglichkeit in Pension gehen und ihren Alltag selbstbestimmter leben zu können. Eine reguläre und faire Pension ist das allerdings noch nicht. Es muss für Menschen mit Behinderung möglich sein im Arbeitsmarkt mit regulärer Pensionsversicherung Fuß fassen zu können. Das Ziel ist Inklusion und das bedeutet eine größtmögliche Einbindung aller Menschen in die Arbeitswelt. Jene, die nicht arbeiten können, sollen selbstverständlich ebenso abgesichert sein.

NEOS Siehe Frage 6.

Wahl-Programm in leichter Sprache

Am **30. Oktober** haben wir die Fragen an die Parteien gesendet.

Bis zu diesem Tag gab es bei manchen Parteien noch kein **Wahl-Programm in leichter Sprache** auf ihrer Internetseite.

Wo es keines gab, haben wir nachgefragt warum.



Politische Teilhabe wird in der UN-Behinderten-Rechts-Konvention klar gefordert.

Damit jede*r Bürger*in in Österreich eine **informierte Wahl-Entscheidung** treffen kann, müssen Informationen, wie Wahl-Programme, so zugänglich wie möglich sein.

Wenn Wahl-Programme für alle verständlich sind, wird die Demokratie gestärkt und Menschen mit Behinderungen können **selbstbestimmt** am politischen Leben teilnehmen.

**12
LL**

Wir konnten bisher auf Ihrer Website kein Wahl-Programm für die steirische Landtags-Wahl in leichter Sprache finden. Warum nicht? Wird es das für diese Landtags-Wahl noch geben?

Wahl-Programm in leichter Sprache

ÖVP

Unter dem folgenden Link finden Sie unser Programm in einfacher Sprache:

<https://www.stvp.at/wahlprogramm-2024-in-einfacher-sprache/>

SPÖ

Unser Zukunftsprogramm „Neu-Land“ ist hier in leichter Sprache verfügbar:

<https://stmk.spoe.at/neu-land/>

FPÖ

Vielen Dank für den Hinweis. Wir werden versuchen, dies in Zukunft zu beachten.

NEOS

Ja, das Wahl-Programm wird es bald auch in Leichter Sprache auf der NEOS-Internetseite geben.

Bei zwei Parteien gab es, als wir unsere Fragen ausgeschickt haben, sowieso schon Wahl-Programme in leichter Sprache.

Diese findest du hier:

GRÜNE:

<https://stmk.gruene.at/wahl-programm-ltw-2024-leichte-sprache/>

KPÖ:

<https://www.kpoe-steiermark.at/programm-landtagswahl-2024-leichter-lesen.phtml>

Über uns

Die Lebenshilfe Steiermark ist die größte Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen in der Steiermark.

lebenshilfe-stmk.at

Lebenshilfe Steiermark

Mariahilferplatz 5/1

8020 Graz

Telefon: [+43 \(0\)316 812575](tel:+43316812575)

Email: office@lebenshilfe-stmk.at